Gesellschaftliche Integration durch Medien?

Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien

Otfried Jarren

Der Beitrag setzt sich mit den in der wissenschaftlichen Diskussion befindlichen Integrationskonzepten zur Medienkommunikation auseinander. In traditionellen Konzepten wird das Integrationspotential der Medien vielfach überschätzt, indem konkrete materielle Leistungen erwartet werden. Diese Erwartung schlägt sich in bestimmten normativen Vorgaben nieder. In jüngeren systemtheoretischen Überlegungen hingegen wird die Integrationsleistung auf Kommunikationsprozesse gleichsam reduziert. Anscheinend bedarf es dann keiner normativen Anforderungen mehr. Der Autor zeigt, dass Medien durch die Verarbeitung und Bereitstellung von Themen aus allen gesellschaftlichen Teilsystemen faktisch wie auch symbolisch einen Integrationsbeitrag zu leisten vermögen. Die normative Anforderung zur Integrationskommunikation wird hingegen dadurch nicht obsolet: Mittels dieser Anforderung werden Medienorganisationen auf die Gesellschaft orientiert, weil sich gesellschaftliche Akteure kritisch mit konkreten Leistungen auseinander setzen können. Durch medienpolitische Vorkehrungen (Strukturvielfalt im Mediensystem), durch Leistungsaufträge an Medien wie durch Anforderungen zur (Selbst-)Evaluation oder zum Qualitätsmanagement an Redaktionen kann die Verpflichtung zur Integrationskommunikation stabilisiert werden.

Integration durch Medien wird in der aktuellen medienpolitischen Debatte vielfach als obsolet oder als undurchführbar angesehen. Dabei wird auf die Unmöglichkeit, zu gesicherten empirischen Befunden und damit zu gültigen Aussagen über die Integrationsleistung von Massenmedien zu gelangen, verwiesen. Die verführt dazu, den normativen Anspruch an den Rundfunk zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Integration für obsolet zu erklären (vgl. dazu Wuerth 1999). Das Problem der Bewertung empirischer Befunde kann jedoch nicht gegen die Notwendigkeit von normativen Anforderungen ausgespielt werden. Anforderungen zur Integrationskommunikation sind normativ an Medienorganisationen zu stellen, um Medien auf die Abbildung gesellschaftlicher Diskurse zu orientieren. Und Normen sind zudem notwendig, wenn Medienleistungen zum Gegenstand medienkritischer Debatten werden sollen. Dazu bedarf es jedoch weniger inhaltlicher, gegenständlich-konkreter als vielmehr prozeduraler Vorgaben für eine publizistische Praxis, die sich der gesellschaftlichen Diskurse anzunehmen hat. Diese Verpflichtung sollte insbesondere dann bestehen, wenn Organisationen das Medienprivileg für sich in Anspruch nehmen wollen (vgl. Wolfgang Schulz 1999).

1. Problemaufriss: Gesellschaftliche Integration und Medien

Im folgenden Beitrag werden zunächst unterschiedliche theoretische Integrationskonzepte vorgestellt und diskutiert. Dann wird gefragt, ob und welchen Beitrag Massenmedien zur gesellschaftlichen Integration zu leisten vermögen. Die Analyse zeigt, dass die den Medien vielfach zugeschriebene allgemeine Integrationsfunktion – zumal im Sinne einer Art „Generalfunktion" – das Potenzial von Medien grundsätzlich überschätzt (vgl. dazu auch Winfried Schulz 1999). Medien kommt jedoch im Zusammenhang mit anderen Organisationen, vor allem in der Interaktion mit den intermediären

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Akteuren der Gesellschaft (wie Parteien, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Neuen Sozialen Bewegungen), die Aufgabe zu, gesellschaftliche Selbstverständigungsdiskurse zu ermöglichen und zu führen. Potenziell wie auch faktisch wird diese Aufgabe vor allem von jenen Medien wahrgenommen, die normativ auf die Abbildung politischer und sozialer Realität durch Gesetz, Konzession oder Leistungsauftrag festgelegt sind (Festlegung von Versorgungsräumen), die sich entsprechend intern organisieren (Bereitstellung von publizistischen Programmen; Aufbau redaktioneller Strukturen; Realisierung bestimmter redaktioneller Ziele) und eine entsprechende Unternehmenskultur entwickeln (vgl. zu den unterschiedlichen Anforderungen bspw. Stock 1981).

Die normative Verpflichtung zur Realisierung von Integrationsaufgaben ist grundsätzlich als prozedurale Anforderung zu begreifen und kann erst in zweiter Linie als konkrete, gegenständliche Vorgabe zur dauerhaften Realisierung in Form beispielsweise bestimmter Programmformen oder gar Inhalte formuliert werden (vgl. dazu grundlegend Vesting 1997). Integration kann nur im sozialen Prozess erzielt und nicht durch Vorabfestlegungen bestimmt werden. Integrationsvorstellungen und -ziele verändern sich im Kontext des sozialen Wandels, dem jede Gesellschaft unterliegt. Die Anforderungen an Verbreitungs- oder Programmformen sowie Inhalte sind also dynamisch und müssen durch gesellschaftliche Diskurse über Normen und Leistungsaufträge immer wieder neu bestimmt werden. Zur Ermöglichung dieser Diskurse sind an Medienorganisationen jedoch entsprechende Anforderungen zu stellen: Sie sollen zum einen den Diskurs in der Gesellschaft ermöglichen, indem sie Themen, Wissen und Deutungen bereitstellen. Sie gehören zum anderen – als eine Art Infrastruktureinrichtung – zum intermediären System der Gesellschaft, das vielfältige intra- und intersystemische Kommunikationsbeziehungen erst ermöglicht. Von ihrer Position innerhalb der gesellschaftlichen Infrastruktur ist ihr Leistungspotenzial abhängig, und deshalb ist die gewählte Organisationsform eben nicht beliebig. Und zum Dritten ist von den in Medienorganisationen und mit Privilegien versehenen Kommunikatoren zu erwarten, dass sie ihre Vermittlungsfunktion auch unter dem Aspekt Integration reflektieren und entsprechende professionelle Vorkehrungen treffen. Alle drei Aspekte machen deutlich: Die Institutionalisierung von Medien ist – zumal unter mediengesellschaftlichen Bedingungen – eine normative Frage von Gewicht, denn von verschiedenen Medienorganisationen werden bekanntlich unterschiedliche Strukturen ausgebildet und Leistungen für die gesellschaftliche Kommunikation erbracht, wie es zahlreiche Studien zeigen (vgl. die systemtheoretisch fundierte Analyse bei Wehmeier 1998; vgl. ferner bezogen auf die Politikberichterstattung Jarren/Donges 1996 oder bezüglich redaktioneller Strukturen Altmeppen/Donges/Engels 1999).

Integration ist allgemein als ein Prozess zu verstehen, der Einzelne, Gruppen wie Organisationen umfasst, der sich anhaltend auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen vollzieht und daher aufgrund seines hohen Komplexitätsgrades als soziales Totalphänomen nicht hinreichend empirisch gemessen oder erfasst werden kann. Integration als Konstruktion sozialer Realität vollzieht sich im Wesentlichen durch Kommunikation. Da die gesellschaftliche Kommunikation in der modernen Gesellschaft sich weitgehend über Medien vollzieht, kommt den Massenmedien eine zentrale Funktion für (Integrations-)Diskurse (als Vermittler) und auch als soziostruktureller Infrastrukturfaktor zu (dazu bereits Maletzke 1980). Dabei sind vor allem die auf Integration verpflichteten Medienorganisationen, wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, als zentraler Infrastrukturbestandteil der „Mediengesellschaft“ anzusehen, da ihnen die Aufgabe obliegt, den gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess abzubilden, durch eigene pu-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

blizistische Leistungen voranzutreiben und auch explizit Integrationsdiskurse zu führen (vgl. dazu Langenbucher 1990). Aufgabe der empirischen Forschung ist es, diese Leistung anhaltend zu evaluieren, damit die Befunde bei der Entwicklung von Medienorganisation und Programm Berücksichtigung finden, und damit entschieden werden kann, welchen Integrationszielen durch welche Organisationsformen und Angebote am besten entsprochen werden sollte. Das erfordert jedoch eine erweiterte Sichtweise in der empirischen Forschung: Es geht nicht allein um Rezipienten und Rezeption oder die Medieninhalte, sondern um die Organisationsverfassung („Unternehmenskultur"), die vorfindliche publizistische Praxis und um die Interaktionsqualität von Medien im kommunikativen Prozess (Meso-Ebene) (vgl. dazu bspw. die SRG-Studie von Steinmann 1999).

2. Integration als Problem moderner Gesellschaften

Gesellschaftliche Modernisierung hat vor allem zu Veränderungen in den Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten geführt und vielfältige neue Formen der sozialen Gesellung, der Vergemeinschaftung und des Austausches den Individuen ermöglicht. Im Zuge des voranschreitenden Modernisierungsprozesses stellt sich daher die Frage nach der gesellschaftlichen und kulturellen Integration in besonderer Weise. Dies zumal dann, wenn sich eine Gesellschaftsform herauszubilden beginnt, die als „Mediengesellschaft" bezeichnet werden kann. Werden hochmoderne Gesellschaften durch Kommunikation und damit durch Medien „zusammengehalten"? (Vgl. dazu Münch 1998)

Das Nebeneinander von höchst unterschiedlichen Lebensstilen, die rasch voranschreitende Pluralisierung von gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen, die selektive Nutzung von Informations- und Unterhaltungsangeboten – ermöglicht und beeinflusst durch Medien – irritiert die Gesellschaft auch deshalb, weil sich der Wandel immer rascher vollzieht, weil sich immer speziellere Kulturen und Subkulturen herausbilden, weil die Ergebnisse dieser Veränderung kaum noch sicher zu prognostizieren sind und weil der Blick auf oder in zahllose Subkulturen den Betrachter zu überraschen oder sogar zu irritieren vermag. Wir haben es mit einem evolutionären Prozess zu tun, der nun jedoch innerhalb der funktional differenzierten Gesellschaft nicht einmal mehr konkurrenzfrei betrachtet und interpretiert werden kann: Aus welcher Perspektive und anhand welcher Normen sollte dies geschehen? (Vgl. dazu die Beiträge in Bettelheim/Fritz/Pennauer 1998)

Die Einheit der Gesellschaft scheint uns verloren gegangen zu sein, weil es an übergreifend wirkenden Instanzen zur Koordination, zur Herstellung und sogar zur Beschreibung von Einheit der Gesellschaft (scheinbar) fehlt. Die gesellschaftliche Unübersichtlichkeit nimmt zu, und die weltgesellschaftliche Perspektive vermag uns nicht über die unmittelbaren Probleme sozial-räumlicher wie sozialer Desintegrationsphänomene hinwegzuhelfen. Dabei ist es belanglos, ob diese Veränderungen nun entlang alter oder neuer ökonomischer wie politischer Bruchlinien verlaufen. Und dass sich mittels Kommunikation alle Probleme schon lösen werden, vermögen wir allenfalls (system-)theoretisch einzusehen, aber nicht (sozial) zu begreifen oder gar zu akzeptieren. Menschliches Zusammenleben ist ohne sinnhaftes Handeln und damit ohne Bezug auf Normen eben schlecht vorstellbar und – alteuropäisch wie wir nun einmal sind – auch nicht erwünscht. Damit lässt sich das anhaltende Interesse und Bedürfnis an Integration und die wiederholten Debatten darüber erklären.

Die Diskussion um gesellschaftliche Integration ist nun aber keineswegs neu. Bereits mit dem Aufkommen von Radio und Fernsehen sah man die Gefahren einer atomisierten

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

(Massen-)Gesellschaft, den Verlust von Zusammenhalt und Gemeinschaft heraufziehen. Ähnliche Gefahren wurden im Zusammenhang mit der Programmvermehrung durch Kabelkommunikation gesehen oder werden heute im Kontext mit dem Internet behauptet. Die Debatte über Integration und Desintegration gehört gleichsam zum Dauerthema moderner Gesellschaften. So wurden Fragen der Integration innerhalb der diese Entwicklung reflektierenden Wissenschaften zunächst im Zusammenhang mit dem entstehenden Nationalstaat und den Folgen der Industrialisierung aufgeworfen und diskutiert, ohne dass jedoch ein theoretisches Konzept oder ein Modell zur Analyse von Integration entwickelt werden konnte (vgl. Ronneberger 1985; vgl. Friedrich/Jagodzinski 1999).

Da über Integration immer wieder gesellschaftlich debattiert werden muss, liegt der Schlüssel zum Verständnis von Integration in der gesellschaftlichen Debatte darüber: Kommunikation über Integration ist erforderlich, damit sich die Gesellschaftsmitglieder immer wieder über gemeinsame Ziele und Wege verständigen können. Kommunikation, verstanden als eine Form sozialen Handelns, ermöglicht gleichermaßen symbolische wie materielle Integration. Im Ergebnis kann es zu gemeinsam geteilten Wissensbeständen, zu spezifischen sozialen Handlungsformen, zur Bildung von Organisationen sowie zur Herausbildung von Institutionen kommen, die den jeweiligen Bedürfnissen nach Integration materiell wie auch symbolisch entsprechen.

Die Schweiz als multikulturelles Land ist ein Beispiel für diese Form eines anhaltenden, vielschichtigen Integrationsdiskurses (vgl. die Analysen von Deutsch 1976, Schmid 1981 oder Steinberg 1996). Viele kulturelle, soziale und politische Ereignisse und Entscheidungen werden unter dem Aspekt betrachtet: Fördert oder gefährdet dies den Zusammenhalt der Nation, der Sprachgruppen oder der Landesteile? Selbst ohne spezifischen Anlass kommt es kontinuierlich-diskontinuierlich zu derartigen Debatten, weil sie zur politischen Kultur gehören, zum Alltagsbestandteil geworden sind. Diese Debatten, Diskussionen oder gar Diskurse sind jedoch keine Selbstverständlichkeit, sondern sie bedürfen der Akteure und – vor allem – der Vermittlungsstellen, die sich des Themas annehmen, weil es ihnen normativ aufgetragen wurde (wie etwa der SRG) oder weil sie sich der Sache annehmen wollen (wie die schweizerische Presse). Debatten und Diskurse sind, wenn sie denn auf Dauer gestellt werden sollen, auf entsprechende Vermittlungsinstanzen, auf intermediäre Einrichtungen, angewiesen (vgl. dazu die komparative Studie von Bulck/Poecke 1996). Vor allem auf Vermittlung ausgerichtete Akteure (wie Parteien, Verbände) organisieren in wie auch zwischen Teilsystemen Kommunikation. Es erscheint daher in theoretischer Perspektive gerechtfertigt, von der Relevanz des intermediären Systems für die gesellschaftliche Integration auszugehen. Die in rechtlicher Hinsicht herausgehobene Position von Akteuren des intermediären Systems (bspw. Privilegien für Parteien) ist ein empirischer Hinweis für die faktische Bedeutung der intermediären Organisationen (vgl. dazu, mit Beispielen für die Schweiz, Kriesi 1996).

Da sich Integration immer in konkreten Gesellschaften in bestimmten Macht- und Erwartungsstrukturen vollzieht, kann dieser soziale Prozess kaum inhaltlich neutral gesehen und beurteilt werden. Integration war mit bestimmten normativen (lange Zeit sogar staatlich-politischen) Ordnungsvorstellungen, entsprechenden Organisationen sowie Institutionen und sozialen Sanktionsmöglichkeiten auf das Engste verknüpft. Auch heute steht hinter der Forderung nach dem Postulat der Integration immer eine bestimmte soziale Ordnungsvorstellung. Gesamtgesellschaftlich gesehen hat sich jedoch die Anzahl an Vorstellungen über diese Ordnung erhöht und unterschiedliche Vorstellungen konkurrieren miteinander. Einheitliche Ordnungsvorstellungen sind immer weniger

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

existent. Auch starke, mächtige Institutionen mit wirksamen Sanktionsinstrumenten scheinen nicht mehr verfügbar zu sein, zumindest scheint wenig Verlass auf sie. Auch aus diesem Grund wird wieder anhaltend über den gesellschaftlichen Zusammenhalt – beispielsweise im Rahmen von kommunitaristischen Konzepten – debattiert und dabei auf die Bedeutung von Kommunikation verwiesen.

3. Integration und Integrationsbegriff im Alltags- und Wissenschaftsdiskurs

Unter Integration wird höchst Unterschiedliches verstanden oder intendiert, wobei die ausgeprägte Verwobenheit von Alltags- und Wissenschaftsdiskurs auffällig ist.

Das Verständnis von Integration, sei es nun
- in seiner räumlichen (lokal, regional, national, international, global),
- in seiner sozialen (zwischen Individuen, zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen),
- in seiner sozial-räumlichen (zwischen bestimmten Kultur- und Sprachgebieten) oder gar
- in seiner systemischen Variante (Organisation, Gesellschaft),

ist immer stark normativ ausgerichtet, weil Integrationsleistungen von Einzelnen, von Gruppen, von Organisationen wie von Institutionen erwartet werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht zumeist das Individuum: Wie ist es sozial (in Organisationen) und räumlich (Nationalstaat, Region, Gemeinde, Quartier) integriert, wie vollziehen sich Integrationsprozesse (bspw. in Form der Sozialisation)? Integration wird dabei vielfach in Beziehung zu „Heimat" oder „Identität" gesetzt und der Begriff wird deshalb sowohl lebensweltlich wie auch wissenschaftlich für höchst unterschiedliche Phänomene benutzt. Integration wird jedoch auch unter Systemaspekten betrachtet, so wenn behauptet wird, dass ein kulturelles oder politisches System mit seinen Organisationen einen hohen oder geringen Grad an Integration aufweist. Meso- und Makroebene finden hingegen deutlich geringere Beachtung, auch in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Mikrobezogene Problemstellungen, wie die Sozialisation, stehen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Reflexion. An theoretischen Bemühungen fehlt es hingegen.

Die enge Verschränkung von Alltagsdiskussionen und wissenschaftlicher Diskussion stellt ebenso ein Problem dar wie die Überwölbung der Diskussion um Integration mit staatlichen – phasenweise sogar völkischen – oder moralischen Kategorien. Sowohl in der Alltags- wie auch in der Wissenschaftsdiskussion dominiert somit ein stark kontextabhängiges Verständnis von Integration bzw. Desintegration (vgl. dazu die Hinweise bei Hummel 1996). Das ist Problem und Chance zugleich: Problem deshalb, weil durch den Bezug stark situative Komponenten selbst in die wissenschaftliche Analyse Eingang finden. Chance deshalb, weil die Auseinandersetzung über Integration einen gesellschaftlichen Reflexionsprozess ermöglicht, der nicht jenseits wissenschaftlicher Überlegungen steht. Theoretisch gewendet: Die gesellschaftliche wie die wissenschaftliche Debatte über Integration ist ein Beitrag zur Integration selbst. Der „Wert" der Kategorie und der „Wert" des Prozesses ergeben sich aus dem Selbststeuerungspotenzial, der diesen Diskursen innewohnt. Debatten über Staatlichkeit, Gerechtigkeit, Wohlfahrt oder eben Integration dienen der gesellschaftlichen Selbstverständigung und der Selbststeuerung (vgl. dazu unter öffentlichkeitstheoretischen Vorstellungen Wessler 1999). Sie sind gewissermaßen zwangsläufig normativ.

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

3.1. Integration im Alltagsdiskurs

Die Diskussion um Integration wird zumeist von jenen geführt, die sich selbst als integriert bezeichnen: Sie verlangen von anderen die Integration (bspw. von Ausländern) als einseitigen Akt, oder sie sehen Integration als dauernde Aufgabe für sich selbst bezogen auf bestimmte Teilgruppen der Gesellschaft (bspw. Integrationshilfe für Kinder/Jugendliche). In der Regel wird eine Unterordnung verlangt oder eine Anpassungsleistung erwartet. Dort, wo die Aufgabe zur Mitwirkung an Integrationsprozessen kollektiv anerkannt ist, erfolgt die Bearbeitung des Problems zum einen durch Eigenleistung (Erziehung) und zum anderen über eigens dafür geschaffene Institutionen (wie Kindergarten, Schule). Dort, wo die Bereitschaft zur Mitwirkung an Integrationsprozessen nicht anerkannt ist oder nur zum Teil akzeptiert wird, erfolgt die Bearbeitung vor allem durch repressive Maßnahmen (vgl. dazu auch Adams 1979).

Aufgrund der Einsicht in die Fragilität jeglicher Gesellschaftsform – vor allem moderner, sich differenzierender Gesellschaften – wird Integration zu einer Art übergreifendem Programm in der Alltagskommunikation: Alle staatlichen Institutionen werden darauf verpflichtet, und alle staatsnahen Akteure und Organisationen (vor allem jene des intermediären Systems) verpflichten sich gleichsam selbst dazu (vgl. zum Aspekt der politischen Integration De Vree 1972, Elster 1989; vgl. auch die Fallstudien über die Schweiz: Meier-Dallach/Nef/Ritschard 1990 sowie unter dem Aspekt Multikulturalität Linder 1999, S. 27ff.). An andere Akteure (wie aus dem Wirtschaftssystem) werden zumindest entsprechende Erwartungen adressiert. Die Forderung nach Integration ist gleichsam permanent vorhanden, wird von einzelnen – wenn auch unterschiedlichen – Akteursgruppen immer erneut vorgebracht, wenn auch damit jeweils bestimmte und unterschiedliche normative Zielsetzungen verbunden werden.

Desintegration ist – zumindest im demokratischen Gemeinwesen – kein Ziel, das Akteure aktiv und explizit verfolgen (können). Durch die kommunikative Benennung jener, die nicht integriert sind (und sich zu integrieren haben), wird eine Unterscheidung eingeführt. Diese Unterscheidung kann abgrenzende, ja auch diskriminierende Züge annehmen. Damit bleibt der Integrationsbegriff auf der Akteurs- und Handlungsebene offen; er wird generell und neutral ebenso verwandt wie auch spezifisch, normativ und diskriminierend. Auffällig ist, das Integrationsforderungen vorrangig an die betroffene Gruppe und an staatliche und gesellschaftliche Akteure gerichtet werden, die als zuständig benannt sind, und weniger an ökonomische Akteure. Integration scheint also vorrangig als eine politische, soziale und kulturelle Aufgabe angesehen zu werden, um die sich das politische System zu bemühen habe. Das ökonomische System wird weniger als Adressat gesehen, denn Forderungen hinsichtlich der Einbeziehung oder Integration in die ökonomische Wohlfahrt werden an das politische System adressiert.

3.2. Integration im Wissenschaftsdiskurs

Integration ist in den meisten wissenschaftlichen Ansätzen grundsätzlich positiv konnotiert; zumindest Desintegration und Zerfall oder negative Integration gilt es zu vermeiden. Dabei wird (stillschweigend) davon ausgegangen, dass es so etwas wie eine allgemein akzeptierte soziale Einheit oder so etwas wie ein übergeordnetes Ganzes gibt, die oder das es zu schützen oder – bestenfalls – weiterzuentwickeln gilt. Je nach historischem Zeitpunkt, staatspolitischem Verständnis und gesellschaftspolitischer Norm werden dafür aber höchst unterschiedliche Ziele formuliert und Bedingungen angenommen (vgl. Rühl 1985).

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Integration als wissenschaftlicher Topos ist verbunden mit der soziologischen – und zum Teil auch rechts- bzw. staatsphilosophischen – Reflexion über die Folgen der Modernisierung von Gesellschaften. Die Debatte fällt historisch mit der Herausbildung von Nationalstaaten zusammen. Die Herstellung und Aufrechterhaltung nationaler Ordnungen und die Bewahrung sich modernisierender Gesellschaften trotz funktionaler Differenzierung steht im Mittelpunkt der Reflexion. Vermittels staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen sowie Organisationen, durch deren materielle und symbolische Leistungen, sollen (National-)Staat und Gesellschaft zusammengehalten werden (wiederum für das Beispiel Schweiz: vgl. Linder 1994). Die Ideen, die mit der Begründung des Nationalstaates zusammenhingen, werden heute für den Europäisierungsprozess postuliert. Und so ist es nicht verwunderlich, dass im Zeitalter einer bewusst wahrgenommenen Globalisierung Integrationsfragen aufgeworfen und debattiert werden.

Dass sich Integrationserwartungen auch auf Massenmedien erstrecken und sich in entsprechenden normativen Formulierungen niederschlagen, ist verständlich, waren doch die Medien eng mit der Nationalstaatsentwicklung verbunden, wie die Presse, oder wurden auf die Gesamtgesellschaft, wie der Rundfunk, sogleich verpflichtet. Das geht so weit, dass zunächst der Hörfunk zur staatlich-territorialen Sache selbst wurde. Bei seiner späteren Organisationsform (öffentlich-rechtlich) wurde das Konzept des Integrationsrundfunks zum Programm (vgl. dazu allgemein sowie mit Bezug auf die Schweiz Saxer 1990, 1994). Im Zuge des Europäisierungsprozesses setzen heute die europäischen Akteure wie die EU-Kommission oder das -Parlament auf europäisierte (Integrations-) Medien. Vor allem dem öffentlichen Rundfunk wurde und wird explizit eine Integrationsaufgabe zugewiesen (vgl. die allgemeine Darstellung bei Meckel 1994; aktuell dazu Meyer 1999). Auch an privat-kommerzielle Rundfunkveranstalter werden, allerdings in allgemeiner Form, diese Erwartungen gerichtet. Zur Rechtfertigung der staatlichen Einbindung oder der gesellschaftlichen Kontrolle von Medien wurde und wird auf drohende Desintegration verwiesen, und es werden die entsprechenden sozialen (Problem-) Gruppen benannt (bspw. Ausländer, Sprachgruppen, ethnische Minderheiten, Kinder oder Jugendliche).

Auch die frühen systemtheoretischen Ansätze sind nicht frei von normativen Vorstellungen (vgl. dazu generell Wagner 1993). Vor allem wird in ihnen Gesellschaft als erfassbare, beschreibbare Einheit betrachtet. Bezogen auf Integration werden in strukturfunktionaler Perspektive vor allem Gleichgewichtsmodelle entwickelt: Ressourcen und Gratifikationen sollten in einer Gesellschaft möglichst gleich oder doch zumindest so verteilt werden, dass es nicht zu kulturellen, sozialen oder politischen Krisen und somit zu Ungleichgewichtszuständen kommt. Integration wird als der Normalzustand – zumindest als anzustrebender Zustand – sozialer Systeme aufgefasst. Entsprechend gilt es, Konflikte zu vermeiden oder so zu organisieren, dass Normalzustände immer wieder erreicht werden können. Und entsprechend diesem Ziel werden gesellschaftlichen Organisationen „Funktionen" (zumeist normativer Art) zugewiesen (Informations-, Kritik-, Kontrollfunktion der Medien) (so bspw. bei Ronneberger 1985).

Der traditionelle Wissenschaftsdiskurs über Integration ist somit geprägt von einer Vorstellung über die Notwendigkeit einer Einheit der und auch einer Einheit in der Gesellschaft, und er „leidet" damit an einer normativen Überhöhung: Die Angst vor dem sozialen Zerfall (soziologisches Theorem von der Massengesellschaft) und die Furcht vor dem Verlust oder Zerfall des Staates (Staatsganzes) prägen die Debatte von Beginn an

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

(soziologische Theorie; Staatstheorie; Theorie der Internationalen Beziehungen/Internationale Politik; Begriffe: Nation, Staat, Volk, Gemeinschaft). Damit verbunden sind bestimmte Norm-, Wert- und Kulturvorstellungen. Sie zu formulieren und durchzusetzen ist denn auch Ziel wissenschaftlicher Bemühungen.

Es lassen sich folgende unterschiedlichen Grundvorstellungen im Wissenschaftsdiskurs zur Integrationsproblematik ausmachen (vgl. dazu Hummel 1996 sowie Hradil 1997):

- *Integration als Unterordnung*: Integration entsteht durch die Anerkennung von Normen und Werten. Je stärker diese internalisiert sind, desto ausgeprägter ist Integration vorhanden. Integration ist in dieser Perspektive ein Mittel zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung von Gesellschaft oder sozialen Teilsystemen.
- *Integration als Aufnahme*: Integration geschieht durch die Aufnahme von Individuen und Gruppen in vorhandene Strukturen, so durch die Zuweisung von Positionen und Funktionen. Dies setzt zwar eine gewisse Offenheit oder Variabilität eines Sozialsystems voraus, aber es wird von einem vorhandenen, einem gegebenen System ausgegangen. Aus dem Ausmaß an Konsens lässt sich der Integrationsgrad ablesen. Diese Form der Integration unterscheidet sich von Akkulturation und Assimilation, weil in dieser Vorstellung alle Beteiligten bereit zur sozialen Veränderung sind.
- *Integration als partielle Desintegration:* Bei dieser Vorstellung von Integration wird Dissens und damit partielle Desintegration als unvermeidlicher Bestandteil einer (modernen) Gesellschaft angenommen. Dissens, so die Annahme, trägt – zumindest unter der Voraussetzung gemeinsam geteilter Grundwerte und sozial geregelter sowie weitgehend akzeptierter Formen der Konfliktaustragung – zur Stabilität von sozialen Systemen bei. Integration erfolgt in diesem Konzept weitgehend über Formen der emotionalen Identifikation, an der Symbole großen Anteil haben.

Mit den hier nur knapp bezeichneten wissenschaftlichen Vorstellungen von Integration konkurriert als neuerer Ansatz die Vorstellung von Integration als Konstruktion sozialer Realität. Darauf soll im Folgenden eingegangen werden, mit dem Ziel zu zeigen, dass für die theoretische Fundierung von Integrationskonzepten die materiellen, objektiven Aspekte allein nicht hinreichend sind.

4. Integration als Konstruktion sozialer Realität durch Kommunikation – Ein theoretisches Konzept

Da das Phänomen Integration im Kontext mit den komplexen Differenzierungs- und Modernisierungsprozessen gesehen werden kann, bietet sich die neuere Systemtheorie als Basiskonzept an. Jedoch: Aus funktional-struktureller Sicht der neueren Systemtheorie ist das Thema „Integration" schlicht keines. Die Einheit der Gesellschaft ist – nach Luhmann (1997) – das Verfahren ihrer Produktion. Gesellschaft als autopoietisches System reproduziert sich kommunikativ im Netzwerk von Kommunikationen, und die Gesellschaft ist das einzige Sozialsystem, dessen Umwelt fundamental nicht kommunikativ ist. Die kollektive Akzeptanz von Werten, Normen und Verfahren, ein Thema der (älteren) struktur-funktionalen Ansätze, ist diesem Ansatz gleichsam nicht mehr angemessen, denn Konsens kann kein Ziel sein, weil es ihn weder „strukturell" noch „faktisch" gibt. Die Schwäche dieser systemtheoretischen Sichtweise ist, zumal dann, wenn es um die Erklärung von Entwicklung und Bestand sozialer Systeme und somit um Integrationsfragen geht, offenkundig. Dennoch: Integrationsbegriff und Systemtheorie können produktiv aufeinander bezogen werden, allerdings unter der Voraussetzung,

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dass der Begriff reformuliert und der systemtheoretische Bezugsrahmen so konstruiert wird, dass er Kopplungen zwischen den Teilsystemen erkennt, bei denen Organisationen eine spezifische Rolle spielen. Diese Kopplungen sind auch in der Forschung zur Theorie sozialer Systeme noch so schwach und mit so heterogenen Ergebnissen erforscht, dass hier Andeutungen genügen müssen.

Die Herausbildung sozietaler Systeme ist – auch in systemtheoretischer Sichtweise – ein folgenreicher Vorgang, weil diese sich autonomisieren. Sie entwickeln spezifische Operationsweisen und verarbeiten das, was außerhalb ihrer vorkommt, nur nach dieser Spezifik und konstruieren auf dieser Basis „ihre" soziale Realität. Alles, was sonst noch in der Gesellschaft vorgehen mag, geschieht funktionssystemintern in der Perspektive dieser – und eben keiner anderen – Realität. Die Funktionssysteme sind in ihrer Funktion ausgerichtet auf die Bewältigung bestimmter (für sie systemgefährdender) Komplexitäten. Sie tun dies autonom, und ob ihre Funktionserfüllungsstrategien gleichsam kompatibel mit den Funktionserfüllungsstrategien anderer Funktionssysteme (oder gar einem Systemzusammenhang) ist, ist nicht gesagt. Es gilt: Das Ganze, an dem sie sich orientieren, ist das Ganze von ihnen aus gesehen.

Die Gesamtgesellschaft lässt sich – in dieser Sichtweise – also nicht mehr insgesamt beobachten oder darstellen. Die Einheit der Gesellschaft in der Gesellschaft – wie sie die alte Integrationslehre verstand – ist nur noch als imaginäre Einheit, gleichsam als semantische Imagination, zu haben (vgl. dazu grundlegend Fuchs 1992). Andererseits heißt Differenzierung, verstanden als Systemdifferenzierung, keineswegs Indifferenz: Das Differente hängt zusammen, weil es ja different und eben nicht indifferent ist. Im Zuge der Differenzierung bilden sich Einheiten heraus, die als Ganzes durchaus gesehen und beschrieben werden können. Differenzen lassen sich aber auch bezogen auf das bestimmte Ganze ausmachen und mit Blick auf dieses Ganze als kohärent different thematisieren. Und für evolutionäre Prozesse gilt, dass sich im Zuge der Evolution Formen für Beziehungen zwischen Systemen herausbilden, die limativ – gleichsam wie „Begrenzungen" – fungieren, d. h. die Beziehungen sind nicht (mehr) beliebig gestaltbar (vgl. Willke 1993).

Aus diesen (system-)theoretischen Überlegungen lassen sich gewichtige Schlussfolgerungen für ein Integrationskonzept ableiten: Das Streben nach Einheit, und somit auch nach Integration als realer Leistung, ist weder möglich, noch wäre sie, wenn es sie denn gäbe, empirisch beobachtbar. Jede Vorstellung von Einheit der Gesellschaft – wenn auch schlicht als Imagination zu begreifen – vermag aber durch darauf basierender Kommunikation eben dieses Ziel „wirksam" werden zu lassen, weil sie – selbst wenn auch nur wahrgenommen als Irritation – Anschlusskommunikation ermöglicht. Anschlusskommunikation wird weitgehend über Massenmedien möglich, weil sie aus einer Vielzahl diversifizierter und auch dissoziierter Kommunikationsbeziehungen relevante Themen auswählen, durch ihre Auswahl und Deutung Kommunikationsbeziehungen erhalten oder neue knüpfen. Die ihnen als Funktion zugeschriebene Ermöglichung der Selbstbeobachtung der Gesellschaft wird durch die Möglichkeit teilsystemübergreifenden Anschlusses an Massenkommunikation realisiert. Gesellschaftliche Kommunikation als die Gesamtheit unterschiedlicher Kommunikationstypen und -formen erhält durch die Leistung der Massenmedien eine soziostrukturelle Stabilisierung. Und die wechselseitige Undurchsichtigkeit gesellschaftlicher Teilsysteme füreinander wird dadurch zumindest partiell aufgehoben. Allein durch die Imagination von Zusammenhängen und Beziehungen durch die Medien entsteht soziale Bindung, weil teilsystemspezifische Kommunikationen auf diesem Weg tendenziell gesellschaftsweit sichtbar werden. Und durch

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

konkrete Medienleistungen bieten sich zudem „reale“ Optionen für Anschlusskommunikation. Durch die massenmediale Vermittlungsfunktion wird reale wie auch imaginäre Integrationskommunikation geleistet, wobei eine Unterscheidung zwischen diesen Formen empirisch nur von Fall zu Fall und allenfalls graduell möglich ist. Kommunikation kann – um ein Beispiel zu wählen – von einzelnen Funktionssystemen lediglich als (störende und sogar irrelevante) Irritation aufgefasst, muss aber dort verarbeitet werden, um eine Entscheidung vornehmen zu können. Selbst diese Form von Integrationskommunikation bietet damit Möglichkeiten zur Reflexion über soziale Beziehungen.

Generell: Die in der traditionellen Rede von der Integration unterstellte Einheit der Gesellschaft wird durch die Aufforderung zur Kommunikation – gleichsam durch die Hintertür – symbolisch hergestellt. Doch für diese Kommunikation bedarf es der Akteure und entsprechender Vermittler. Zu den Akteuren zählen vorrangig die gesellschaftsweit agierenden Organisationen, die wir dem intermediären Bereich zurechnen können. Und relevante Vermittler sind vor allem jene Organisationen, wie wir sie in Form eigenständig agierender Medien kennen. Massenmedien müssen als auf Dauer gestellte, eigenständige, von anderen Teilsystemen partiell unabhängige Vermittler agieren können, weil sie nur so vielfältigste intra- und intersystemische Kommunikationsbeziehungen herstellen können. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Medien sind für die Leistungserbringung wesentlich, und erst durch strukturelle Vielfalt im Mediensystem (bspw. Vielfalt an Organisationstypen mit unterschiedlichem Leistungspotenzial) kann gesellschaftliche Kommunikation teilsystemübergreifend gelingen. Medien stellen somit eine Art „Gedächtnis der Gesellschaft“ (Luhmann) dar, indem sie gemeinsam geteiltes (Hintergund-)Wissen bereitstellen, an den gemeinsam geteilten Wertekanon anschließen, Themen Relevanz verleihen etc. und damit soziale Beziehungen sichtbar und eben möglich werden lassen (vgl. dazu auch die Überlegungen bei Rossen 1988).

Die Imagination von Einheit kann als ein gemeinsam unterstelltes Interesse angesehen werden, reduziert doch das Festhalten an dieser Imagination den Aufwand an Beobachtung und Kommunikation für die Akteure aller Teilsysteme. Die Medien repräsentieren gleichsam diese gemeinsam geteilte Welt, sie vermögen durch Themensetzung, -selektion sowie -deutung den Blick und die Aufmerksamkeit zu lenken und insoweit auch die Akteure zu steuern. Über Kommunikation wird zumindest partiell integriert. So gibt es Formen expliziter Integrationskommunikation, d. h. entsprechende intentionale Akte, in denen Integration selbst zum Thema gemacht wird. Und es gibt auch Formen impliziter Integrations-Diskurse (dazu können bspw. Formen von Werbung oder PR gehören). Die Kommunikation über Integration konkurriert mit anderen Kommunikationen, der Grad an Intentionalität ist nicht immer (sogleich) erkennbar oder empirisch zu erfassen, denn es existieren in differenzierten Gesellschaften andauernd unterschiedliche Perspektiven bezüglich der Integration nebeneinander. Und die Kommunikation über Integration selbst unterliegt – nicht allein in historischer Dimension betrachtet – der Evolution. Jedes Einheitskonzept, das die Gesellschaft gleichsam in sich vorfindet, ist ein kommuniziertes Einheitskonzept, das der ständigen Interpretation – konkurrierender Kommunikationen – unterliegt. Wenn also die Einheit der Gesellschaft weder erreicht noch (empirisch) sicher festgestellt werden kann, so kann doch über Kommunikation Einheit oder Integration in bestimmten Räumen, für ausgewählte Gruppen und in bestimmten zeitlichen Phasen erzeugt werden. Und diese Kommunikation findet anhaltend statt und äußert sich in Wir-Semantiken (vgl. dazu Fuchs 1992: 95ff.).

Das Streben nach gesellschaftlicher Einheit oder der Wunsch nach sozialer Integration, der Bedarf an Wir-Semantiken, hat wesentlich mit sozialen Orientierungsnotwendig-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

keiten, wie wir sie auf der Mikro-Ebene (Einzelne, Gruppen) und auf der Meso-Ebene (Organisationen als Akteure) empirisch ausmachen können, zu tun. Wir-Semantiken können soziales Verhalten leiten, in Phasen andauernden Wandels Stabilität verleihen (vgl. Imhof 1998). Dies umso mehr, wenn Welt und Gesellschaft größer und pluraler werden. Die Einheitsselbstverständlichkeit ist uns gleichsam im Zuge der Differenzierung, der Herausbildung der modernen Welt, verloren gegangen. Statt der realen Einheit und einer realen Integration, die wir wohl eher als sozialen Zwang auffassen würden, existieren Wir-Semantiken. Sie werden wesentlich durch die Massenmedien, vor allem in der Interaktion der Medien mit Akteuren anderer Teilsysteme, erzeugt und bereitgestellt. Aber auch Organisationen aus unterschiedlichen Teilsystemen wirken eigenständig auf die Bildung von Wir-Semantiken ein (bspw. PR durch Wirtschaftsunternehmen), doch nutzen sie dazu vor allem die Medien.

Durch Medienkommunikation wird, so ist zusammenfassend festzuhalten, zum einen die Imagination von Einheit erzeugt. Zugleich wird dadurch aber „real" ein Prozess in Gang gehalten, der als schwacher Begriff von gesellschaftlicher Einheitsbildung bezeichnet werden kann, der also das beschreibt, was angesichts des theoretischen Befundes noch an Bezügen zwischen sich autonomisierenden Teilbereichen der Gesellschaft möglich ist. Die systemtheoretische Perspektive macht es somit möglich, die stark gegenständlich ausgerichtete traditionelle Sichtweise auf Integration zu erweitern. Damit wird das in der Forschung anhaltend bestehende Problem- bzw. Spannungsverhältnis zwischen materiellen, objektiven und eher auf Kommunikation basierenden Integrationsvorstellungen sichtbar.

5. Integration und Medien als empirisches Forschungsproblem

Ob und inwieweit Integration empirisch festgestellt werden kann, ist

- von der Beobachterperspektive,
- von der normativen Position und
- von den Kriterien/Indikatoren

für Integration abhängig. Da Integration sowohl materiell (bspw. Identität, Zugehörigkeit) als auch symbolisch (bspw. Gemeinschafts-, Staatsvorstellungen) bestimmt ist, kann in der Regel empirisch nicht zwischen diesen beiden Polen trennscharf unterschieden werden. Zudem hat sich die Vorstellung durchgesetzt, Integration nicht statisch, sondern als Prozess aufzufassen, so dass allenfalls durch komparative empirische Bemühungen Differenzen ausgemacht und Bewertungen vorgenommen werden können. Unterscheidungen sind also möglich und Integration kann insoweit auch gemessen werden. Bislang wurde jedoch darauf verzichtet, einen spezifischen Integrationsindex zu entwickeln. Die vorhandenen Indikatoren sind stark von den jeweiligen teildisziplinären Fragestellungen und Traditionen geprägt (vgl. Hummel 1996). Empirische Studien sollten aufgrund der theoretischen Überlegungen deshalb vor allem

- auf die Mikro- und Meso-Ebene bezogen werden,
- komparativ (soziale wie sozial-räumliche Differenzierung) angelegt werden,
- die Interaktionen zwischen Akteuren unterschiedlicher Teilsysteme und den Medien beachten, und
- grundsätzlich als Langfriststudien angelegt werden.

Integration als Prozess zu verstehen, bedeutet zum einen, Kommunikation (und damit Medien: Angebotsformen, Inhalte, Nutzung und Bewertung) zu betrachten. Denn

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Kommunikation ermöglicht sowohl Integration von Einzelnen in Gruppen oder von Gruppen in soziale Systeme als auch Integration auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen. Zum anderen ist die soziostrukturelle Dimension, also die Verankerung der Medien in der gesellschaftlichen Struktur (im intermediären System) und die Interaktion zwischen Medien und Akteuren, empirisch zu berücksichtigen. Damit geraten neben den Medien vor allem jene Organisationen ins Blickfeld, die in nennenswerter Weise an gesellschaftlichen Informations- und Kommunikationsprozessen beteiligt sind.

Vor allem die Organisationen des intermediären Systems der Gesellschaft (wie Vereine und Verbände, Kirchen, Parteien, neue soziale Bewegungen) leisten durch ihre Präsenz Integration auf der Mikro- wie auch Mesoebene. Da sie zugleich aber auch zwischen den Teilsystemen vermittelnd agieren und zudem Bestandteil der sozialen, politischen und kulturellen Ordnung einer Gesellschaft sind, wirken sie sowohl aufgrund ihres Status („Faktor") als auch aufgrund ihrer Vermittlungsleistung („Vermittler") auf der Makroebene integrativ. Sie tun dies unter mediengesellschaftlichen Bedingungen mehr und mehr in Kooperation mit (Massen-)Medien. In den komplexen Vermittlungsprozessen kommt den Massenmedien eine besondere Bedeutung zu. Dies mag der Grund dafür sein, dass bezogen auf Integrationsaspekte vor allem den Medien besondere Aufmerksamkeit zukommt, und dass ihnen – vor allem aber Hörfunk und Fernsehen – eine integrative Aufgabe (gesamtgesellschaftlich, kulturell, sozial wie auch politisch) zugewiesen wurde und wird. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass Medien ihre Integrationsleistungen im engen Zusammenspiel mit anderen intermediären Organisationen in der Interaktion (also in anhaltenden Prozessen) erbringen.

Ob und inwieweit Medien Integrationsaufgaben nun erfüllen, kann nur zum Teil empirisch beantwortet werden. Es ergeben sich grundsätzliche Erkenntnisprobleme bezüglich des sozialen Phänomens Integration:

- Integration ist ein Prozess,
- er umfasst Einzelne und Gruppen wie auch Organisationen und Teilsysteme,
- er vollzieht sich zudem anhaltend auf unterschiedlichen Ebenen und
- kann aufgrund seines hohen Komplexitätsgrades als Totalphänomen nicht hinreichend empirisch „gemessen" bzw. erfasst werden.

Durch Medien und ihre Angebote wird – in welcher Weise auch immer – auf allen gesellschaftlichen Ebenen Integration geleistet, doch geschieht dies im Einzelfall durchaus nicht intentional, und ebenso wenig kann das Ergebnis dieses Handelns allein aus einer Beobachterperspektive heraus betrachtet und beurteilt werden. Konkret: Was kurzfristig als integrationsförderlich angesehen wird, kann mittel- oder langfristig desintegrative Tendenzen im gleichen oder aber in einem anderen sozialen Sektor nach sich ziehen, ohne dass damit etwas über Ursache-Wirkungs-Beziehungen oder gar über Medieneinflüsse in diesem Kontext gesagt werden kann (das als kritische Anmerkung zur Analyse von Wuerth 1999). Dennoch: Insbesondere durch Kommunikation über Integration wird das Bewusstsein von Zusammenhängen konstituiert, ohne dass damit sogleich inhaltliche Festlegungen verbunden sind oder Folgen für mögliche Integrationsprozesse abzuschätzen wären.

Die Erkenntnisprobleme verschärfen sich, wenn im Wesentlichen nur Medien und dann im Wesentlichen nur deren Vermittlungsleistungen (Inhalte; Rezeption) empirisch betrachtet werden können (vgl. für komplexe Untersuchungsanlagen die Beiträge in Ha-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sebrink/Rössler 1999). Jenseits aller empirischen Probleme im Zusammenhang mit der Messung und Bewertung von Vermittlungsleistungen der Medien kommt noch hinzu, dass vor allem die Faktorfunktion der Medien sich weitgehend einem unmittelbaren empirischen Zugang entzieht. Zu den Besonderheiten von Medien als intermediären Organisationen gehört aber gerade deren Faktorfunktion, d.h. ihre jeweils spezifische soziostrukturelle Verankerung in einer konkreten Gesellschaft (vgl. Jarren 1998).

Aufgrund der benannten empirischen Forschungsprobleme bietet es sich an, Integrationsdiskurse selbst zum Gegenstand der empirischen Forschung zu machen, also anhand ausgewählter Fallanalysen die diesbezügliche Leistung unterschiedlich verfasster und strukturierter Medien zu messen.

6. Die Integrationspotenziale der Medien: Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Wandel

Im Zuge der Herausbildung eines eigenständigen Mediensystems, seiner Entwicklung zu einem funktionalen Teilsystem und der fortschreitenden Binnendifferenzierung hat sich das Integrationspotenzial der Massenmedien erheblich verändert: Solange die Massenmedien aufgrund ihrer Entstehung und ihres traditionellen Selbstverständnisses eng mit gesellschaftlichen Gruppen verbunden waren (wie beispielsweise die Presse in Form der Kirchen- oder Parteipresse oder der öffentliche Rundfunk durch seine gesellschaftlichen Vorgaben sowie seine internen gesellschaftlichen Aufsichtsstrukturen), schienen sie den Integrationsauftrag gewissermaßen per se zu erfüllen, weil sie zur gesellschaftlichen Ordnung des intermediären Gefüges gehörten und die Kommunikationstätigkeit von Organisationen unterstützten. Sie taten dies deshalb, weil sie von den Vertretern relevanter gesellschaftlicher Kräfte in hohem Maße ökonomisch abhängig und normativ beeinflusst waren. So wurde auch der öffentliche Rundfunk gesamtgesellschaftlich institutionalisiert, mit entsprechenden Aufsichtsgremien sowie Binnenstrukturen, und mit einem klaren (Integrations-)Auftrag versehen (vgl. Saxer 1993).

Die durch die Deregulierungspolitik forcierte Angebotsexpansion vor allem im elektronischen Medienbereich hat nun den Eindruck von möglichen Desintegrationsgefahren verstärkt aufkommen lassen. Dies vor allem deshalb,

- weil sich die neu institutionalisierten Medien inhaltlich weniger auf die traditionellen Organisationen und Institutionen beziehen,
- weil sie Medienpublika vorrangig nach ökonomischen – und weniger nach politischen – Kriterien erreichen (müssen),
- weil sie den Rezipienten mehr Wahlmöglichkeiten zur Unterhaltung und eingeschränkt auch zur Information zur Verfügung stellen und
- weil die Individualisierung in der Mediennutzung zunimmt. Vielfach wird das mit (gesamtgesellschaftlicher) Fragmentierung gleichgesetzt (vgl. dazu, mit Daten für die Schweiz, bspw. Meier/Bonfadelli/Schanne 1993).

Zugleich wird diese gesellschaftliche Entwicklung (Individualisierung, Fragmentierung, Beschleunigung) den Medien insgesamt zugeschrieben. Zum Teil werden die Medien dafür sogar unmittelbar – im Sinne der Behauptung kausaler Wirkungszusammenhänge – verantwortlich gemacht. Ein derartiger Effekt als spezifischer Medieneffekt lässt sich jedoch nicht nachweisen. Medien haben allerdings am Prozess der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung, an Individualisierung und Wertewandel, einen erhebli-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

chen Anteil, und sie beeinflussen damit auch Integrationsmöglichkeiten (vgl. dazu Hasebrink 1999). Aufgrund der

- Angebotsexplosion (Zahl der verfügbaren nationalen wie auch internationalen Angebote; „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" von elektronischen Angeboten) sowie
- neuer Angebotsformen (bspw. als Zielgruppen- und Spartenmedien) und
- der neuen Angebotsbreite (kulturell wie politisch wird in inhaltlicher Hinsicht immer mehr möglich)

wirken sie auf den Sozialisationsprozess ebenso wie auf die Ausbildung von Meinungen, Einstellungen und Werten ein. Andererseits ermöglichen sie vielfältige neue Formen von realer und symbolischer Integration, so wenn sie über immer mehr Entwicklungen in der Weltgesellschaft berichten.

Insgesamt betrachtet gewinnen die Medien aufgrund ihrer zunehmenden Reichweite und des hohen Grades an Durchdringung gegenüber den bislang dominanten Sozialisations- und Integrationsinstanzen an Bedeutung. Vor allem gewinnen sie an Einfluss im intermediären Bereich der Gesellschaft, weil sie mehr und mehr zu einer Voraussetzung für die Informations- und Kommunikationsleistungen anderer intermediärer Organisationen werden. Sie sind präsenter, verfügbarer und in kommunikativer Hinsicht leistungsfähiger als andere Organisationen und orientieren sich inhaltlich mehr und mehr in weltgesellschaftlich-pluraler Hinsicht (und insoweit auch globaler) als die herkömmlichen Organisationen, die an (alten) Wertvorstellungen stärker festhalten. Medien nehmen mehr und mehr eine – in inhaltlicher Hinsicht eher wertneutrale – eigenständige Vermittler- wie auch Faktorposition ein, d. h. sie lassen sich weniger auf bestimmte Normen oder Überzeugungen verpflichten. Sie „emanzipieren" sich von den anderen intermediären Instanzen, werden jedoch zugleich durch Kommerzialisierungsprozesse stärker auf das ökonomische System verpflichtet (vgl. McQuail 1992). Jenseits aller rechtlichen Vorgaben und medienpolitischen Programme vollzieht sich der Wandel vom Angebots- zum Nachfragemarkt. Empirisch ist das vor allem bei privatkommerziellen Rundfunkveranstaltern zu beobachten, die ständig ihr Programm den Werbevorgaben und den über Einschaltquoten vermittelten Publikumsinteressen anpassen. Dieser Wandel hat auch den Printmediensektor erfasst: Auch dort werden in immer kürzeren Zeiträumen Produkte relauncht oder neue Produkte (vor allem im Bereich der Zeitschriften) auf den Markt gebracht und wieder vom Markt genommen. Die Produktlebenszyklen werden kürzer. Selbst der in Deutschland hoch konzentrierte Tageszeitungsmarkt ist im Umbruch, wie der „Kölner Zeitungskrieg" Ende 1999/Anfang 2000 zeigt.

Der Wandel im Mediensystem insgesamt wie bei den Angebotsformen und Inhalten einzelner Mediengattungen wirkt sich – bezogen auf das Integrationspotenzial – unterschiedlich aus: Während die informierenden Printmedien (vor allem: Tageszeitungen) Kommunikationen in konkreten geographischen Räumen ermöglichen und insoweit vor allem räumlich-sozial zu integrieren vermögen, sind die elektronischen Massenmedien stärker sozial-räumlich ausgerichtet. Sie können dies sein, weil sie als jüngere Medien neben den Printmedien eine ergänzende Funktion wahrnehmen. Und sie sind deshalb – jenseits aller technischen Aspekte (Bereitstellungsmerkmale, Distributionsmöglichkeiten) – stärker auf bestimmte Gruppen hin ausgerichtet, auch weil sie neben traditionellen journalistischen Angeboten (Information, Orientierung) allgemeine publizistische Produkte bereitstellen (Unterhaltung, Service, Entspannung), die zumindest in räumlicher Hinsicht allgemeiner ausgerichtet sein können (Kulturraumbezug). Und

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

im Bereich der sich herausbildenden Netzkommunikation, die potenziell die gesamte Welt zu umspannen vermag, stehen vor allem globale soziale Bezüge im Mittelpunkt. Die elektronischen Medienangebote lassen sich nur zum Teil auf konkrete geographische Räume beziehen, und mit diesen Angeboten wird eher Kultur- und Sprachräumen gefolgt. Während Druckmedien vor allem Angebote mit kognitivem Anspruch (Information, Service, Alltagsorganisation) unterbreiten und entsprechend räumlich-sozial nachgefragt werden, unterbreiten die elektronischen Medien stärker Angebote mit affektivem Anspruch (Entspannung, Gruppenzugehörigkeit, Alltagsbewältigung), die wiederum von bestimmten sozialen Gruppen unterschiedlich präferiert werden.

Trotz aller Unterschiedlichkeit hinsichtlich der potenziellen Integrationsleistung einzelner Medientypen ist zugleich auch das gesamte Mediensystem zu betrachten, denn als soziokulturelle Institution der Gesellschaft regelt es in sozialnormativer Hinsicht: Durch sein kontinuierliches und für alle präsentes Angebot an publizistischen Aussagen werden Ereignisse, Meinungen, Ansichten wie auch kulturelle Vorstellungen geformt, kategorial eingeordnet und präsentiert. Bezogen auf Integrationspotenziale heißt dies für das Mediensystem:

- In sachlicher Hinsicht stellt es die Themen für die gesamtgesellschaftliche Kommunikation bereit und ermöglicht durch Selektionsentscheidungen vielfältige Möglichkeiten zur Anschlusskommunikation.
- Durch die Herstellung von Öffentlichkeit werden den Akteuren in zeitlicher Hinsicht dauerhaft Formen zur Anschlusskommunikation ermöglicht.
- Und da an der Massenkommunikation alle Individuen wie Akteure Anteil als auch (potenziell) Zugang dazu haben, sind in sozialer Hinsicht alle an diesem Prozess andauernd beteiligt.

In historischer Perspektive gesehen, kann das Integrationspotenzial der Medien als gewachsen bezeichnet werden. Und dieses Potenzial der Massenmedien liegt nicht in jedem einzelnen Medium oder in einem einzelnen Medienteilsystem (wie bspw. dem Hörfunk), wohl aber im Mediensystem insgesamt: Aufgrund seiner enormen kommunikativen Leistungsfähigkeit umfasst und durchdringt es die Gesamtgesellschaft und stellt damit eine wesentliche Voraussetzung für Integrationsprozesse dar. Das Mediensystem ist vor allem eine Art Infrastruktureinrichtung, von dessen Struktur Umfang und Qualität der gesellschaftlichen Kommunikation abhängig ist. Die Aufrechterhaltung von Strukturvielfalt im Mediensystem ist damit unter regulatorischen Aspekten die zentrale Aufgabe auch zur Erhaltung des Integrationspotenzials. Und aus soziostrukturellen Gründen ist die Zuweisung normativer Aufgaben an einzelne Medien oder an Medienteilsysteme (bspw. bezüglich Integration) zwar nur als eine schwache Vorgabe anzusehen, aber durchaus – wie noch zu zeigen sein wird – relevant.

Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, dass das Mediensystem zu spezifischen Formen der Selbstintegration fähig ist: Durch die Selbstbezüglichkeit, also durch die wechselseitige Beobachtung innerhalb des Mediensystems, erfolgt eine Form von Selbstintegration auf der Inhaltsebene, zumal im journalistischen Bereich. Medien nehmen das auf, was Agenturen anbieten, Akteure der gesellschaftlichen Teilsysteme bereitstellen (vor allem: PR), und sie berücksichtigen zudem das, was die jeweiligen Qualitätsmedien aufgreifen (Inter-Media-Agenda-Setting-Effekt). So finden sich im zentralen Leistungsbereich Information/Orientierung der Medien strukturähnliche Angebote und durchgängig auch ein hohes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung (inhaltliche

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Homogenität). Auf diese Weise bildet sich eine Art Medienhierarchie (von den publizistisch-journalistisch orientierten Voll(programm)anbietern bis hin zu den publizistisch-ökonomisch ausgerichteten Zielgruppenanbietern) heraus, die auch von den Rezipienten (an-)erkannt wird und für Nutzungsverhalten prägend ist. Diese Hierarchie zeigt sich bspw. auch dann, wenn nach der Glaubwürdigkeit von einzelnen Medien gefragt wird.

Zur Aufrechterhaltung dieser Form von sozialer Ordnung im Mediensystem ist allerdings die normative Einforderung und Durchsetzung von Qualitätsmaßstäben relevant, weil dadurch die soziale Hierarchie gleichsam stabilisiert wird. So kritisieren Medien in Form von Medienkritik vor allem dann ein „Fehlverhalten", wenn ein Medium bestimmten normativen Anforderungen oder Selbstverpflichtungen tatsächlich oder vermeintlich nicht entspricht. Der Verzicht auf jegliche normative Anforderung, wie in manchen wirtschaftsliberalen Ordnungsvorstellungen formuliert, käme einem Verzicht auf Setzung von Maßstäben gleich, auf die aber die medieninterne (Selbst-)Kritik angewiesen ist. Dieser Tatbestand verweist zudem auf die strukturelle Bedeutung von öffentlich-rechtlichen Medienorganisationen (Qualitätsangebot; Vorbildfunktion).

Medien sind aber nicht nur Infrastruktur, sie sind zudem aktiv an Integrationsprozessen beteiligt, indem durch spezifische Angebotsformen und Inhalte Akteuren Optionen geboten oder Grenzen gesetzt werden. Hinsichtlich dieser aktiven Komponente kommt insbesondere in einem sich zunehmend weiter differenzierenden Mediensystem dem mit einem entsprechenden Leistungsauftrag zur Integration versehenen Medienbereich eine besondere Bedeutung zu (vgl. dazu etwa Wilke 1996). So leistet bspw. der öffentliche Rundfunk diese Aufgabe durch seine spezifische Marktpräsenz und Organisationsweise, vor allem aber durch den Selbstanspruch zu integrieren sowie durch spezifische Programmleistungen in Form von Voll- oder Spartenprogrammen (dazu grundlegend Holznagel/Vesting 1999). Für diese Art der Programmierung ist der normative Auftrag – an den öffentlichen Rundfunk – allerdings relevant. Da es in der hochflexiblen Gesellschaft nicht ein (gleichsam statisches) „Dauerangebot" zur Integration geben kann, besteht die zentrale Aufgabe des öffentlichen Rundfunks darin, beständig nach neuen Formen zu suchen und entsprechende Angebote zu unterbreiten. Er kann dabei aber nicht, so die vielfach geäußerte Erwartung, eine Art „Generalintegration" innerhalb der Gesellschaft leisten und damit zugleich auch noch kompensatorisch die Schwächen anderer Medien oder intermediärer Organisationen auszugleichen versuchen. Wohl aber kann er generell durch allgemeine normative Vorgaben und speziell durch organisatorische Entscheidungen auf dieses Ziel hin programmiert werden (Aufgabe der Reflexion von entsprechenden Angebotsformen). Und die Leistungserbringung kann evaluiert, gesellschaftlich debattiert und durch neue Entscheidungen korrigiert werden. Es gilt, durch rechtliche Vorgaben die Kommunikation über kommunikative Angebotsformen bezüglich des (Teil-)Ziels Integration nicht nur zu ermöglichen, sondern strukturell abzusichern.

7. Von der Relevanz normativer Anforderungen – Schlussbemerkungen

Die theoretischen Überlegungen und empirischen Hinweise zum Integrationspotenzial haben deutlich gemacht, dass eine Art „Generalintegrationsleistung" von Medien nicht erwartet werden kann. Medien erbringen Integrationsleistungen im Wesentlichen in der Interaktion mit Akteuren aus anderen Teilsystemen im Prozess. Hinsichtlich des Integrationspotenzials gibt es aufgrund von Bereitstellungsmerkmalen und Angebotsfor-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

men Unterschiede zwischen Print- und den elektronischen Medien. Hierzu liegen bislang jedoch keine empirischen Studien vor. Andererseits unterscheiden sich verschieden institutionalisierte (also unterschiedlich rechtlich verfasste und ökonomisch orientierte) Medien bezüglich ihres Potenzials zur gesellschaftlichen Integration, was sich an Organisationsstrukturen, Angebotsformen, -inhalten und -qualitäten empirisch nachweisen lässt. Unter Integrationsaspekten ist die empirische Analyse auf diesen Ebenen sinnvoll, doch bedarf es dazu eines erweiterten Modells: Der empirische Blick allein auf die Medien, ihre Inhalte oder die Rezeption reicht nicht aus. Themen und Wissen, auch Kenntnisse über Normen, Werte und Verfahren, werden zwar gesellschaftsweit weitgehend über Medien vermittelt, aber nicht von ihnen (allein) erzeugt. Dies geschieht durch Akteure in allen Teilsystemen, wesentlich aber über jene Akteure, die dem intermediären System zuzurechnen sind. Sie sind es, die vor allem Themen für die Medienvermittlung bereitstellen und damit weitgehend die öffentliche Agenda bestimmen. Medien greifen auf die bereitgestellten Informationen zu, weniger greifen sie eigenständig Themen auf. In inhaltlicher Dimension sind Medien als prinzipiell offen anzusehen. Andererseits orientieren sich Medien im entstandenen Nachfragemarkt mehr und mehr an Werbung und Publikum. Die Interaktionen zwischen Akteuren, Medien und Publikum gewinnen damit für die Analyse an Bedeutung, denn in diesen Prozessen wird auch über die Möglichkeiten einer Integrationskommunikation entschieden. In empirischer Forschung ist demnach diesen Interaktionen und ihren Ergebnissen, auch und gerade im Hinblick auf das Leistungsprofil von einzelnen Medien (Grad an Vermittlungsleistung vs. Eigenleistung), Aufmerksamkeit zu schenken. Die Analyse konkreter Integrationsdiskurse bietet sich für empirische Studien an, zumal dann, wenn mögliche Leistungsunterschiede zwischen Medien ermittelt werden sollen.

Die empirische Sichtweise ist zudem um normative Aspekte bezüglich der Integrationsfunktion von Medien zu ergänzen: Eine Orientierung von Medien auf Integrationskommunikation kann durch gesetzliche Bestimmungen oder Konzessionen nur in allgemeiner Form verpflichtend gemacht werden, aber nicht bezogen auf konkrete Ziele (und schon gar nicht im Ergebnis erfolgreich durchgesetzt werden). Denn: Auch Gesetzgeber und Gesetze können allenfalls normativ Integration verlangen, also den Prozess einfordern, aber nicht konkrete inhaltliche Vorgaben machen. Die Selektion innerhalb von Medien erfolgt auf Basis des jeweiligen publizistischen und redaktionellen Entscheidungsprogramms. Diese Programme können aber durch normative Vorgaben für Medien in Form von Organisationsregelungen (rechtliche Vorgaben hinsichtlich Organisation; Vorgaben hinsichtlich eines Qualitätsmanagements u. a. m.) beeinflusst werden. Zu den Schwächen bisheriger Regulierungspraxis gehört, dass evaluative Programme, zumal Pflichten zur Selbstevaluation oder zum Qualitätsmanagement, im Medienbereich nicht etabliert sind. Da generell mit allgemeinen normativen Vorgaben selbst bestimmte Ziele nicht sicher erreicht werden können, verweist dies auf die Notwendigkeit strukturpolitischer Entscheidungen und struktureller Vorgaben für Medienorganisationen.

Zweierlei Problemstellungen sind im Kontext dieses Problemzusammenhangs zu sehen und weiterzuverfolgen. Zum einen: Anforderungen bezüglich einer Integrationskommunikation müssen sich auf die Medienorganisation (Organisationsverfassung) und auf das redaktionelle Programm beziehen. Ein so formulierter, allgemeiner Integrationsauftrag ist notwendig, weil er sowohl die Medienorganisation als auch gesellschaftliche Akteure wie das Publikum zur Debatte über die Erfüllung eines solchen Auftrages anzuhalten vermag. Damit kann im Ergebnis eine Art Selbstbindung bei (Medien-)Organi-

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sationen erreicht werden. An die einzelne Medienorganisation kann dabei aber nicht ein konkreter Integrationsauftrag, sondern nur ein Auftrag zur Abbildung relevanter Selbstverständigungsdiskurse gerichtet werden. Das bedeutet, Medien haben die Diskurse gesellschaftlicher Akteure zu berücksichtigen und sie werden auf Offenheit, Vielfalt und Pluralität verpflichtet. Durch Formen externer Evaluation wie auch Pflichten zur Selbstevaluation kann das nötige Wissen für Debatten über Leistungsschwächen bereitgestellt werden. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass im Mediensystem selbst – zumindest unter professionellen journalistischen Bedingungen – eine Art von „Selbstintegration" auf der Themen-/Akteursebene geleistet wird (wechselseitige Beobachtung und Berücksichtigung von Themen und Akteuren). Der Umfang auch dieser Leistung kann empirisch gemessen werden. Evaluationsbefunde stellen für alle Akteure das notwendige Wissen für die Diskussion über das Mediensystem und einzelner Medien bereit. Evaluationen sollten vor allem zur Erhöhung des Reflexions- bzw. Selbstreflexionspotenzials im Mediensystem beitragen. Da im Unterschied zu zahlreichen anderen Industrie- und Dienstleistungsbranchen im Medienbereich erhebliche Defizite bestehen, bedarf es spezifischer Formen der Regulierung (etwa Verpflichtung zu Formen der Selbstevaluation oder zum Qualitätsmanagement).

Zum anderen: Um die Risiken zu minimieren, die sich aus einer gleichförmigen Handlungspraxis im Mediensystem ergeben könnten, bedarf es auch struktureller Vorkehrungen, so bezüglich der Erreichung des Ziels der Ermöglichung von Integrationskommunikation. Strukturelle Vorkehrungen heißt, durch ordnungspolitisch begründete Entscheidungen für Strukturvielfalt und Offenheit im Mediensystem Sorge zu tragen, also unterschiedlich organisierte Medienunternehmen – private wie öffentlich-rechtliche, kommerzielle wie Non-Profit-Organisationen – zuzulassen und mit spezifischen, also durchaus unterschiedlichen, Leistungsaufträgen zu versehen. Die Erfahrungen mit dem dualen Rundfunksystem in Deutschland zeigen deutlich, dass eine reine Marktorganisation nicht nur den ökonomischen und publizistischen Wettbewerb noch weiter als bislang einschränken, sondern dass ein ausschließlich unter Marktbedingungen agierendes Mediensystem auch Defizite hinsichtlich seines Integrationspotenzials aufweisen würde. Das insbesondere dann, wenn auf Basis digitaler Distributionssysteme bspw. Zugangs- und Abrechnungsapparaturen implementiert werden, die Zugang zum und Verfügung über gesellschaftliches Wissen für Einzelne und soziale Gruppen elementar betreffen. Die kommunikative Einbeziehung aller Teilsysteme und die kommunikative Vergesellschaftung aller Bürger mittels des Mediensystems ist eben nicht allein ein normatives Ziel an sich, sondern auch aus funktionaler Perspektive geboten.

Literatur

Adams, Milton N. (1979): National Integration and Mass Media: The Socialisation Effects of Television in a Rural Ivory Coast Village. Florida.

Altmeppen, Klaus-Dieter/Donges, Patrick/Engels, Kerstin (1999): Transformation im Journalismus. Berlin.

Bettelheim, Peter/Fritz, Thomas/Pennauer, Elfie (Hrsg.) (1998): Kunstreiten auf dem Lipizzaner der Identität. Wien.

Bulck, H. v. d./Poecke, L. v. (1996): National language, identity and broadcasting: Flanders, the Netherlands and germanspeaking Switzerland. In: Communications 2, S. 217 – 233.

Deutsch, Karl W. (1976): Die Schweiz als ein pragmatischer Fall politischer Integration. Bern.

De Vree, Johan Karel (1972): Political Integration: the Formation of Theory and its Problems. Gravenhage.

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Elster, John (1989): The cement of society. A study of social order. Cambridge.

Farrugia, Francis (1993): La crise du lien social. Essai de sociologie critique. Paris.

Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (1999): Theorien sozialer Integration. Opladen/Wiesbaden (= Sonderheft 39, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), S. 9 – 46.

Fuchs, Peter (1992): Die Erreichbarkeit der Gesellschaft: zur Konstruktion und Integration gesellschaftlicher Einheit. Frankfurt a. M.

Hasebrink, Uwe (1999): Woran lassen sich Individualisierung und Integration in der Medienrezeption erkennen? In: Hasebrink, Uwe/Rössler, Patrick (Hrsg.): Publikumsbindungen. Medienrezeption zwischen Individualisierung und Integration. München, S. 57 – 72.

Hasebrink, Uwe/Rössler, Patrick (Hrsg.) (1999): Publikumsbindungen. Medienrezeption zwischen Individualisierung und Integration. München.

Hoffmann-Riem, Wolfgang (1979): Rundfunkfreiheit durch Rundfunkorganisation. Frankfurt am Main.

Holznagel, Bernd/Vesting, Thomas (1999): Sparten- und Zielgruppenprogramme im öffentlichrechtlichen Rundfunk, insbesondere im Hörfunk. Baden-Baden.

Hradil, Stefan (1997): Differenz und Integration. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt a. M., S. 39–53

Hummel, Roman (1996): Integration als publizistische Aufgabe. Ansichten von Kommunikationswissenschaftlern und Medienmachern. In: Mast, Claudia (Hrsg.): Markt – Macht – Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen. Konstanz, S. 283 – 298.

Imhof, Kurt (1998): Gesellschaftsordnung und öffentliche Kommunikation. In: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft, Vol. 4, Issue 3, S. 79 – 91.

Jarren, Otfried (1998): Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Opladen/Wiesbaden, S. 74 – 96.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (1996): Keine Zeit für Politik? Landespolitische Berichterstattung im Rundfunk: Journalisten, Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker in der Interaktion. Berlin.

Kriesi, Hanspeter et al. (1996): Le clivage linguistic: problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse. Bern.

Langenbucher, Wolfgang R.(1990): Braucht eine demokratische Gesellschaft öffentlichen Rundfunk? In: Media Perspektiven 11, S. 699 – 716.

Linder, Wolf (1999): Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern/Stuttgart/Wien.

Linder, Wolf (1994): Swiss Democracy. Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies. London.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt am Main.

Maletzke, Gerhard (1980): Integration – eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation. In: Publizistik, 25, S. 199 – 206.

McQuail, Dennis (1992): Media performance: Mass comunication and the Public Interest. London.

Meckel, Miriam (1994): Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung. Opladen.

Meier, Werner A./Bonfadelli, Heinz/Schanne, Michael (1993): Medienlandschaft Schweiz im Umbruch: Vom öffentlichen Kulturgut Rundfunk zur elektronischen Kioskware. NFP 21: Kulturelle Vielfalt und Identität. Basel.

Meier-Dallach, Hans-Peter/Nef, Rolf/Ritschard, Rolf (1990): Nationale Identität, ein Fass ohne empirischen Boden? Zürich.

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Meyer, Christoph (1999): Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 37, No. 4, S. 617 – 639.

Münch, Richard (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Frankfurt a. M.

Ronneberger, Franz (1985): Integration durch Massenkommunikation. In: Saxer, Ulrich (Hrsg.): Gleichheit oder Ungleichheit durch Massenmedien? Homogenisierung – Differenzierung der Gesellschaft durch Massenkommunikation. München, S. 3 – 18.

Rossen, Helge (1988): Freie Meinungsbildung durch den Rundfunk. Die Rundfunkfreiheit im Gewährleistungsgefüge des Art. 5 Abs. 1 GG. Baden-Baden.

Rühl, Manfred (1985): Integration durch Massenkommunikation? Kritische Anmerkungen zum klassischen Integrationsbegriff. In: Saxer, Ulrich (Hrsg.): Gleichheit oder Ungleichheit durch Massenmedien? Homogenisierung – Differenzierung der Gesellschaft durch Massenkommunikation. München, S. 19 – 32.

Saxer, Ulrich (1990): Informationsrundfunk und multikulturelle Gesellschaft. In: Media Perspektiven 11, S. 717 – 729.

Saxer, Ulrich (1993): Medien und Politik in der Schweiz. In: Schanne, Michael/Schulz, Peter (Hrsg.): Journalismus in der Schweiz. Aarau, S. 81 – 104.

Saxer, Ulrich (1994): Das Rundfunksystem der Schweiz. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen 1994/95. Baden-Baden, S. 196 – 203.

Schmid, Carol L. (1981): Conflict and Consensus in Switzerland. Berkeley.

Schulz, Winfried (1999): Fernsehen und sozialer Wandel: Untersuchungen zur Integrations- und Fragmentierungsthese. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz, S. 90 – 105.

Schulz, Wolfgang (1999): Wer verdient eigentlich Medienprivilegien? Hamburg (Manuskript).

Steinmann, Matthias (1999): Der Beitrag von Radio- und Fernsehprogrammen zur gesellschaftlichen und kulturellen Integration in der Schweiz. Referat anlässlich der „Ateliers de Montreaux 1999" am 4.5.1999 in Montreaux. Bern (Manuskript).

Steinberg, Jonathan (1996): Why Switzerland? Cambridge.

Stock, Martin (1981): Zur Theorie des Koordinationsrundfunks. Baden-Baden.

Vesting, Thomas (1997): Prozedurales Rundfunkrecht. Grundlagen – Elemente – Perspektiven. Baden-Baden.

Wagner, Gerhard (1993): Gesellschaftstheorie als politische Theologie? Zur Kritik und Überwindung der Theorien normativer Integration. Berlin.

Wehmeier, Stefan (1998): Fernsehen im Wandel. Konstanz.

Wessler, Hartmut (1999): Öffentlichkeit als Prozess. Opladen/Wiesbaden.

Wilke, Jürgen (1996): Massenmedien im Spannungsfeld von Grundwerten und Wertkollisionen. In: Mast, Claudia (Hrsg.): Markt – Macht – Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen. Konstanz, S. 17 – 33.

Willke, Helmut (1993): Systemtheorie: Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme. Stuttgart.

Wuerth, Andreas (1999): Die SRG und ihr Integrationsauftrag. Bern/Stuttgart/Wien.

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2000-1-22 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY